

E i n l a d u n g

**Hiermit laden wir Sie zum öffentlichen Sitzungsteil des Gemeinderates
am Dienstag, den 23.03.2021, um 19.30 Uhr
in das **Orts- und Vereinszentrum, Schulstraße 5**
recht herzlich ein.**

Bitte Mundschutz tragen!

Tagesordnung:

öffentlich

- | | |
|-------|--|
| TOP 1 | Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung |
| TOP 2 | Protokollkontrolle |
| TOP 3 | Bericht des Bürgermeisters |
| TOP 4 | Fragen und Anregungen der Gäste |
| TOP 5 | Geschäftsordnung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach - Beschluss |
| TOP 6 | Abwägungsbeschluss zu Einwendungen zum Haushaltsplanentwurf 2019 |
| TOP 7 | Beschluss zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2021 |
| TOP 8 | Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen -
Beschlüsse |
| TOP 9 | Fragen und Anregungen der Gemeinderäte und Ortsvorsteher |

nichtöffentlich

- | | |
|--------|---|
| TOP 10 | Entwicklung des Bebauungsplanes an der Eschdorfer Straße - Beratung |
| TOP 11 | Sonstiges |

Mit freundlichen Grüßen



Timmermann
Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

über die 02. Sitzung des Dürrröhrsdorf-Dittersbacher Gemeinderates (Öffentlich)

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.02.2021
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:10 Uhr
Ort, Raum:	Turnhalle, Schulstraße 5, Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Anwesende Mitglieder

Mitglieder des Gemeinderates (GR) / Ortsvorsteher (OV)

Bürgermeister **Timmermann, Jens-Ole**

GR	Herr	Steglich, Robin	GR	Herr	Schmidt, Marcus
GR	Herr	Eisold, Thomas	GR	Herr	Teubner, Sven
GR	Herr	Prof. Dr. Braun, Hubert	GR	Herr	Kochbeck, Christian
GR	Herr	Steglich, Michael	GR	Frau	Friebe, Anne
GR	Herr	Ehrentraut, Ralph	GR	Frau	Adrian, Manja
GR/OV	Frau	Giel, Siglinde	OV	Herr	Blut, Patrick
GR/OV	Herr	Stettinius, Armin	OV	Frau	Brandt, Iris

Gäste: eine Bürgerin

<u>Verwaltung</u>	Frau	Nathau, Steffi	Schriftführerin
	Herr	Weber, Torsten	Kämmerer
	Herr	Bläsner, Norbert	Bau-/Hauptamtsleiter

Abwesende Mitglieder

GR/OV	Herr	Weiß, Wolfgang	(entschuldigt)
GR/OV	Herr	Kreisl, Thomas	(entschuldigt)
GR	Herr	Gelbrich, Holger	(entschuldigt)
GR	Herr	Heinrich, Thomas	(entschuldigt)

Tagesordnung: öffentlich

Protokoll

TOP 1 Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung
TOP 2 Protokollkontrolle vom 26.01.2021
TOP 3 Bericht des Bürgermeisters
TOP 4 Fragen und Anregungen der Gäste
TOP 5 Einvernehmen der Gemeinde zu einem Bauantrag in Wünschendorf - Beschluss
TOP 6 Erste Lesung Haushalt 2021
TOP 7 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen - Beschluss
TOP 8 Fragen und Anregungen der Gemeinderäte und Ortsvorsteher

TOP 1 **Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung**

Der Bürgermeister Herr Timmermann leitet als Vorsitzender die 02. Sitzung des

Dürrröhrsdorf-Dittersbacher Gemeinderates 2021 und begrüßt alle Gemeinderäte/innen, Ortsvorsteher/innen und Gäste. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Es sind 12 Gemeinderäte/innen und der Bürgermeister anwesend, der Gemeinderat ist beschlussfähig.

Der BM Herr Timmermann verliest die Tagesordnung. Die Tagesordnung wird angenommen.

Folgende Tischvorlagen wurden ausgehändigt:

- die kompletten Sitzungsunterlagen wie per RIS übersandt
- Vorbericht zum Haushaltsplan 2021

TOP 2 Protokollkontrolle

Das Protokoll vom 26.01.2021 wird mit Hinweisen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Die Gemeinderätin und Ortsvorsteherin Frau Siglinde Giel und Gemeinderat Herr Christian Kochbeck werden zur Unterzeichnung des heutigen Protokolls bestimmt.

TOP 3 Bericht des Bürgermeisters

- den Bericht des Bürgermeisters hat BM Herr Timmermann allen Gemeinderäten/innen vorab per E-Mail gesandt
- folgende Gemeinderäte/innen hatten in der Vergangenheit Geburtstag:
Michael Steglich - 12.11. Thomas Heinrich - 14.12.
Robin Steglich - 21.11. Manja Adrian - 20.01.
Thomas Kreisl - 23.11. Ralph Ehrentraut - 11.02. und
Patrick Blut - 10.12., BM Herr Timmermann wünscht alles Gute
- neue Corona-Verordnung gilt ab 15.02.2021
- am 29.01.2021 tagte der Zweckverband Pirna-Sebnitz, u.a. wurde der Haushaltsplan für 2021 vorgestellt (keine Erhöhung der Gebühren in 2021)
- am 02.02.2021 fand die Mitgliederversammlung Landschaf(f) Zukunft e.V. statt wo der Haushaltsplan für 2021 beschlossen wurde
- der Zweckverband "Mittlere Wesenitz" tagte am 03.02.2021, Beschlüsse zu neuen Gebühren ab 2021 wurden gefasst
- die Beratung des Hauptausschusses war am 09.02.2021, u.a. wurde über einen Bauantrag (siehe heute TOP 5), über die Besetzung der Arbeitsgemeinschaften und Terminvorschläge beraten
- Infrastruktur -> weitere Nachforderungen im Antrag werden durch die Telekom abgearbeitet, Straßen sind teilweise in einen sehr schlechten Zustand (Bergstraße im OT Elbersdorf)

Termine: - 09.03.2021 Hauptausschusssitzung
 - 23.03.2021 Gemeinderatssitzung

TOP 4 Fragen und Anregungen der Gäste

Es gibt Fragen zum Thema Hochwasserschutz. Über das Thema wird in der nächsten Hauptausschusssitzung im März 2021 und eventuell in der Gemeinderatssitzung auch im März 2021 auf der Agenda stehen.

TOP 5 Einvernehmen der Gemeinde zu einem Bauantrag in Wünschen- dorf - Beschluss

BM Herr Timmermann erläutert den Beschlussvorschlag, es gibt keine Einwände.

Beschluss Nr.: 20/2021

Der Gemeinderat beschließt, das Einvernehmen zum o. g. Bauvorhaben zu erteilen.
Antragstellerin ist Frau Sabine Leubner aus Dresden.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, einstimmig, gefasst.

TOP 6	Erste Lesung Haushalt 2021
--------------	-----------------------------------

- Herr Weber stellt den Vorbericht zum Haushaltsplan der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach für das Haushaltsjahr 2021 vor
- der Entwurf der Haushaltssatzung liegt vom 22.02.2021 bis einschließlich 04.03.2021 öffentlich aus und wurde auch auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht
- alle Gemeinderäte/innen erhielten die vollständigen Unterlagen in der letzten Sitzung, sodass Anfragen und Hinweise im Vorfeld geklärt wurden
- in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung (März 2021) solle der Haushaltsplan 2021 beschlossen werden

GR Herr Michael Steglich fragt nach dem Stand Regenrückhaltebecken in Dobra (am Großteich).

Die finanziellen Mittel stehen zur Verfügung, jedoch sei mit einem Baubeginn nicht vor 3 bis 4 Jahren zu rechnen, so Herr Bläsner.

TOP 7	Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen - Beschluss
--------------	---

BM Herr Timmermann stellt den Spendenbeschluss vor.

Beschluss Nr.: 21/2021

Der Gemeinderat beschließt die Annahme einer Sachspende in Höhe von 93,13 EUR - Bereitstellung von Malheften und Puzzle für die FFW Porschendorf von der Firma Kinder Medienverlag Saarlouis.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, einstimmig, gefasst.

TOP 8	Fragen und Anregungen der Gemeinderäte und Ortsvorsteher
--------------	---

- ▶ Stand Breitbandausbau: Nacharbeiten der Telekom wurden erledigt, es wird der endgültige Fördermittelbescheid erwartet, der Gemeinde liegt eine Übersicht über die Ausbaugebiete vor
Vorschlag -> diese Übersicht bitte an die Ortsvorsteher schicken
- ▶ Hochwasserschutz: es wird bemängelt, dass in dem Zusammenhang wenig mit den Anwohnern kommuniziert wird, BM Herr Timmermann weist den Vorwurf zurück, in der nächsten Ausgabe des amtlichen Mitteilungsblattes der Gemeinde wird er wieder über den Stand Hochwasserschutz berichten
Vorschlag > bitte im April oder Mai 2021 wieder eine Dorfbachbegehung durchführen

- ▶ Erstattung Kita-Beiträge auf Grund Corona: die Kita-Beiträge werden nicht erstattet, wenn freiwillig auf den Besuch verzichtet wird
- ▶ Arbeitsgemeinschaften: die einzelnen Gemeinderäte und Ortsvorsteher könnten ein Rundschreiben per E-Mail erhalten und sich in die jeweiligen Arbeitsgemeinschaften eintragen, es kann dabei frei gewählt werden in welche AG.
- ▶ Förderung über ELER (Europäischer Landwirtschaftsfond): Liegen über diese Förderung bereits Anträge in der Gemeinde vor? Studie Marktplatz und Spielplatz seien fertig, der Ausbau des Dachgeschosses in der ehem. Schule in Stürza könne man in Betracht ziehen.
Hinweis -> LEADER Förderung für 2021 und 2022 wurde neu aufgelegt
- ▶ Wanderparkplatz: es gab den Vorschlag, auf Wanderparkplätzen Parkautomaten aufzustellen, darüber werde in der nächsten Hauptausschusssitzung diskutiert.
- ▶ Feuerlöschteiche: es geht um den Teich oberhalb der ehem. Tankstelle in Dürrröhrendorf, wird er wieder hergestellt? Aktuell ist nichts geplant, erklärt Herr Bläsner.

Der Vorsitzende, BM Herr Timmermann, beendet die öffentliche Gemeinderatssitzung um 21:10 Uhr.

.....
Jens-Ole Timmermann
Bürgermeister

.....
Gemeinderätin/
Ortsvorsteherin
Siglinde Giel

.....
Gemeinderat
Christian Kochbeck

Protokoll fertiggestellt am:

03.03.2021

.....
Steffi Nathau
Schriftführerin

SITZUNGS-BESCHLUSS zum TOP 5

☐ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am 10.11.2020

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.:

- ☐ Mit Ja-Stimmen
☐ Mit Nein-Stimmen
☐ Mit Stimmenthaltungen
☐ angenommen

- ☐ vertagt
☐ abgelehnt

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 23.03.2021

Bürgermeister: 1
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.: /2021

- ☐ Mit Ja-Stimmen
☐ Mit Nein-Stimmen
☐ Mit Stimmenthaltungen
☐ angenommen

- ☐ vertagt
☐ abgelehnt

Bezeichnung der Vorlage: Geschäftsordnung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Gesetzliche Grundlage: § 38 Sächs.GemO

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach.

Begründung: Mit der Neufassung wurde die Geschäftsordnung im § 1 Absatz 1 mit dem Ziel geändert, die Ladungsfrist um einen Tag zu verlängern. Zudem wird die elektronische Einladung zum Regelfall. Diese hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Zudem wurde der § 9 ein neuer Absatz 1 eingefügt, wonach Ortsvorsteher bzw. deren Stellvertreter Rederecht im Gemeinderat und seiner Ausschüsse bekommen. Dies ist bereits geübte Praxis.

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung: 17
Aufgrund des § 20 der SächsGemO war Gemeindevertreter/
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Verteiler:

(Siegel)

.....
Timmermann
Bürgermeister

GESCHÄFTSORDNUNG

DER GEMEINDE

DÜRRRRÖHRSDORF-DITTERSBACH



Geschäftsordnung der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Aufgrund von § 38 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (SächsGVBl. S. 425) geändert worden ist, hat der Gemeinderat der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach am 23.03.2021 folgende Geschäftsordnung beschlossen:

I. Geschäftsführung des Gemeinderates

1. Vorbereitung der Sitzungen des Gemeinderates

§ 1 Einberufung der Sitzung

(1) Der Gemeinderat beschließt über Ort und Zeit seiner regelmäßigen Sitzungen, diese sollen mindestens einmal im Monat stattfinden. Die Einberufung erfolgt in der Regel elektronisch durch den Bürgermeister und muss den Mitgliedern des Gemeinderates mindestens 6 volle Tage vor dem Sitzungstag, den Tag der Absendung nicht eingerechnet, zu gehen. Mit der Einberufung sind den Mitgliedern des Gemeinderates die Verhandlungsgegenstände mitzuteilen. Dabei sind die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen. Die Gemeinderatsmitglieder sind verpflichtet, dem Bürgermeister unverzüglich Änderungen ihrer Adresse zur schriftlichen oder elektronischen Ladung mitzuteilen

(2) Der Bürgermeister entscheidet im Rahmen des Absatzes 1 über die Form und die Übermittlung der Einladung. Die Mitglieder des Gemeinderates teilen dem Bürgermeister schriftlich oder elektronisch ihre Anschrift und eine eMail-Adresse mit, an die Einladungen im Sinne des Absatzes 1 rechtsverbindlich übersendet werden können. In diesem Fall sollen die Einladungen elektronisch übersendet werden. Für den Abruf oder die Übermittlung der für die Beratung erforderlichen Unterlagen kommt ein elektronisches Ratsinformationssystem zum Einsatz. Der Empfänger ist dafür verantwortlich, dass unbefugte Dritte keinen Zugriff auf Einladungen und Beratungsunterlagen nehmen dürfen.

(3) Der Gemeinderat ist außerdem einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert. Abs. 1 gilt entsprechend.

(4) Der Gemeinderat ist unverzüglich einzuberufen, wenn es ein Fünftel der Gemeinderäte unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt. Abs. 1 gilt entsprechend.

(5) In Eilfällen kann der Gemeinderat formlos und unter Verzicht auf die Einhaltung der Ladungsfrist, jedoch unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden.

§ 2 Aufstellung der Tagesordnung

(1) Der Bürgermeister stellt die Tagesordnung in eigener Verantwortung auf. Soweit der Gemeinderat die Beratung von Verhandlungsgegenständen beschlossen hat, hat der Bürgermeister diese in die Tagesordnung aufzunehmen.

(2) Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Gemeinderäte ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Gemeinderates zu setzen. Dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat denselben Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten 6 Monate bereits behandelt oder wenn sich seit der Behandlung die Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat.

(3) Der Bürgermeister legt die Reihenfolge der einzelnen Verhandlungsgegenstände fest und bestimmt unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, welche Verhandlungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen.

(4) Verhandlungsgegenstände, die nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen, darf der Bürgermeister nicht in die Tagesordnung aufnehmen.

§ 3 Ortsübliche Bekanntgabe

Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen sind vom Bürgermeister unter Einhaltung einer Frist von 5 Tagen ortsüblich bekannt zu geben. Dies gilt nicht bei der Einberufung des Gemeinderates in Eilfällen.

§ 4 Teilnahmepflicht

Die Mitglieder des Gemeinderates sind verpflichtet an den Sitzungen des Gemeinderates teilzunehmen. Im Falle einer Verhinderung ist dies unverzüglich, spätestens zu Beginn der Sitzung dem Bürgermeister mitzuteilen. Die Mitteilungspflicht besteht auch für den Fall, dass ein Mitglied des Gemeinderates eine Sitzung vorzeitig verlassen will.

2. Durchführung der Sitzungen des Gemeinderates

A) Allgemeines

§ 5 Öffentlichkeit der Sitzungen

(1) Die Sitzungen des Gemeinderates sind öffentlich. Jedermann hat das Recht, als Zuhörer an öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates teilzunehmen, soweit dies die räumlichen Verhältnisse gestatten. Die Zuhörer sind nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich sonst an den Verhandlungen des Gemeinderates zu beteiligen.

(2) In nichtöffentlicher Sitzung wird verhandelt, wenn das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner eine nichtöffentliche Beratung des Verhandlungsgegenstandes erfordern. Für die Beratung folgender Angelegenheiten wird die Öffentlichkeit generell ausgeschlossen:

- a) Personalangelegenheiten,
- b) Angelegenheiten der zivilen Verteidigung,
- c) Einzelfälle in Abgabenangelegenheiten,
- d) Angelegenheiten der Rechnungsprüfung mit Ausnahme der Beratung des Prüfungsergebnisses (§ 104 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO).

(3) Über Anträge aus der Mitte des Gemeinderates, einen Verhandlungsgegenstand entgegen der vom Bürgermeister aufgestellten Tagesordnung in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden. Beschließt der Gemeinderat,

einen Verhandlungsgegenstand in öffentlicher Sitzung zu behandeln, so hat der Bürgermeister diesen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates zu setzen.

§ 6 Vorsitz im Gemeinderat

(1) Der Bürgermeister führt den Vorsitz im Gemeinderat. Im Falle seiner Verhinderung übernimmt sein Stellvertreter den Vorsitz. Sind mehrere Stellvertreter bestellt, so sind sie in der gemäß § 54 Abs. 1 Satz 4 SächsGemO festgelegten Reihenfolge zur Stellvertretung berufen. Sind alle bestellten Stellvertreter vorzeitig ausgeschieden oder sind im Falle der Verhinderung des Bürgermeisters auch sämtliche Stellvertreter verhindert, hat der Gemeinderat unverzüglich einen oder mehrere Stellvertreter neu oder auf die Dauer der Verhinderung zusätzlich zu bestellen. Bis zu dieser Bestellung nimmt das an Lebensjahren älteste, nicht verhinderte Mitglied des Gemeinderates die Aufgaben des Stellvertreters des Bürgermeisters wahr.

(2) Der Bürgermeister eröffnet und schließt die Sitzung und leitet die Verhandlungen des Gemeinderates. Er kann die Verhandlungsleitung vorübergehend an einen Gemeinderat abgeben.

(3) Der Bürgermeister übt die Ordnungsgewalt und das Hausrecht aus.

§ 7 Beschlussfähigkeit des Gemeinderates

(1) Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Bürgermeister die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und lässt dies in der Niederschrift vermerken. Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Bei Befangenheit von mehr als der Hälfte aller Mitglieder ist der Gemeinderat beschlussfähig, wenn mindestens ein Viertel aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Ist der Gemeinderat wegen Befangenheit von Mitgliedern nicht beschlussfähig, entscheidet der Bürgermeister an seiner Stelle nach Anhörung der nicht befangenen Gemeinderäte. Sind auch der Bürgermeister und sein Stellvertreter befangen, kann der Gemeinderat ein stimmberechtigtes Mitglied für die anstehende Entscheidung zum Stellvertreter des Bürgermeisters bestellen. Macht der Gemeinderat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, so muss der Bürgermeister die Sitzung schließen und die Rechtsaufsichtsbehörde unterrichten. Diese kann als dann einen Beauftragten bestellen, der den Vorsitz im Gemeinderat für die anstehende Entscheidung übernimmt (§ 117 SächsGemO).

(2) Ist der Gemeinderat nicht beschlussfähig, so hat der Bürgermeister die Sitzung zu schließen. Er muss alsdann unverzüglich eine zweite Sitzung des Gemeinderates einberufen, in der dieser beschlussfähig ist, wenn mindestens 3 Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind: bei der Einberufung der zweiten Sitzung ist hierauf hinzuweisen. Die zweite Sitzung entfällt, wenn weniger als 3 Mitglieder des Gemeinderates stimmberechtigt sind.

§ 8 Befangenheit von Mitgliedern des Gemeinderates

(1) Muss ein Mitglied des Gemeinderates annehmen, nach § 20 SächsGemO von der Mitwirkung an der Beratung und Entscheidung eines Verhandlungsgegenstandes wegen Befangenheit ausgeschlossen zu sein, so hat es den Ausschließungsgrund vor Eintritt in die Verhandlung unaufgefordert dem Bürgermeister anzuzeigen und den Sitzungsraum zu verlassen: bei einer öffentlichen Sitzung darf es als Zuhörer in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes anwesend bleiben.

(2) Ob ein Ausschließungsgrund in der Person eines Mitgliedes des Gemeinderates vorliegt, entscheidet im Zweifelsfall der Gemeinderat und zwar in Abwesenheit des Betroffenen.

(3) Verstößt ein Mitglied des Gemeinderates gegen die Offenbarungspflicht nach Abs. 1, so stellt der Gemeinderat dies durch Beschluss fest. Der Beschluss ist in die Niederschrift aufzunehmen.

§ 9 Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderates

(1) Ortsvorsteher, die nicht Mitglied des Gemeinderates sind, können an den Sitzungen im öffentlichen und nichtöffentlichen mit Rederecht teilnehmen. Gleiches gilt für deren Stellvertreter, wenn diese den Ortsvorsteher zur Sitzung vertreten.

(2) Der Gemeinderat kann sachkundige Einwohner und Sachverständige zur Beratung einzelner Angelegenheiten hinzuziehen. An der Entscheidung der Angelegenheit dürfen sich die Geladenen nicht beteiligen.

(3) Bei der Vorbereitung wichtiger Entscheidungen kann der Gemeinderat betroffenen Personen und Personengruppen Gelegenheit geben, ihre Auffassung vorzutragen (Anhörung), soweit nicht die Anhörung bereits gesetzlich vorgeschrieben ist. An der Beratung und Entscheidung dürfen die Geladenen nicht teilnehmen.

(4) Der Gemeinderat kann bei öffentlichen Sitzungen Einwohner im Sinne von § 11 SächsGemO sowie Vertretern von Bürgerinitiativen die Möglichkeit einräumen, Fragen zu stellen oder Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten (Fragestunde). Die Fragen, Anregungen und Vorschläge müssen sich auf Angelegenheiten der Gemeinde beziehen. Zu den Fragen nimmt der Bürgermeister oder ein vom ihm Beauftragter Stellung. Eine Beratung findet nicht statt.

(5) Der Bürgermeister kann den Vortrag in den Sitzungen des Gemeinderates einem Bediensteten der Gemeinde übertragen; auf Verlangen des Gemeinderates muss er einen solchen zu sachverständigen Auskünften hinzuziehen.

B) Gang der Beratungen

§ 10 Änderung und Erweiterung der Tagesordnung

(1) Der Gemeinderat kann vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen:

- a) die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände zu ändern,
- b) Verhandlungsgegenstände zu teilen oder miteinander zu verbinden,
- c) die Beratung eines in öffentlicher Sitzung vorgesehen Verhandlungsgegenstandes in die nichtöffentliche Sitzung zu verweisen, wenn es sich nach Auffassung des Gemeinderates um eine geheimhaltungsbedürftige Angelegenheit im Sinne § 19 Abs. 2 SächsGemO handelt.

(2) Die Tagesordnung kann in der Sitzung durch Beschluss des Gemeinderates erweitert werden, soweit es sich um Verhandlungsgegenstände handelt, die als Eilfälle im Sinne von § 36 Abs. 3 Satz 4 SächsGemO anzusehen sind. Der Beschluss ist in die Niederschrift aufzunehmen.

(3) Verhandlungsgegenstände, die nach Auffassung des Gemeinderates nicht in seine Zuständigkeit fallen (§36 Abs. 5 Satz 2 SächsGemO), muss der Gemeinderat durch Beschluss von der Tagesordnung absetzen. Der Beschluss ist in die Niederschrift aufzunehmen.

§ 11 Redeordnung

(1) Der Bürgermeister ruft jeden Punkt der Tagesordnung nach der vorgesehen oder beschlossenen Reihenfolge unter Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes auf und stellt die Angelegenheit zur Beratung. Wird eine Angelegenheit beraten, die auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Gemeinderäte auf die Tagesordnung gesetzt wurde, so ist zunächst den Antragstellern Gelegenheit zu geben, ihren Antrag zu begründen. Im Übrigen erhält, soweit eine Berichterstattung vorgesehen ist, zunächst der Berichterstatter das Wort.

(2) Wer das Wort ergreifen will, hat sich durch Aufheben der Hand zu melden. Melden sich mehrere Mitglieder des Gemeinderates gleichzeitig, so bestimmt der Bürgermeister die Reihenfolge der Wortmeldungen.

(3) Außerhalb der Reihenfolge erhält das Wort, wer Anträge zur Geschäftsordnung stellen will.

(4) Der Bürgermeister hat jederzeit das Recht, sich an der Beratung zu beteiligen.

(5) Die Redezeit beträgt im Regelfall höchstens 5 Minuten. Sie kann durch Beschluss des Gemeinderates verlängert oder verkürzt werden. Ein Mitglied des Gemeinderates darf höchstens zweimal zum selben Verhandlungsgegenstand sprechen; Anträge zur Geschäftsordnung bleiben hiervon unberührt.

§ 12 Anträge zur Geschäftsordnung

(1) Anträge zur Geschäftsordnung können jederzeit von jedem Mitglied des Gemeinderates gestellt werden. Dazu gehören insbesondere folgende Anträge:

- a) auf Schluss der Aussprache,
- b) auf Schluss der Rednerliste,
- c) auf Verweisung an einen Ausschuss oder an den Bürgermeister,
- d) auf Vertagung,
- e) auf Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung,
- f) auf Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
- g) auf namentliche oder geheime Abstimmung oder
- h) auf Absetzung einer Angelegenheit von der Tagesordnung.

(2) Wird ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, so darf noch je ein Mitglied des Gemeinderates für und gegen diesen Antrag sprechen. Alsdann ist über den Antrag abzustimmen.

(3) Über Anträge zur Geschäftsordnung hat der Gemeinderat gesondert vorab zu entscheiden. Werden mehrere Anträge zur Geschäftsordnung gleichzeitig gestellt, so ist über den jeweils weitestgehenden Antrag zuerst abzustimmen. In Zweifelsfällen bestimmt der Bürgermeister die Reihenfolge der Abstimmungen.

§ 13 Schluss der Aussprache, Schluss der Rednerliste

Jedes Mitglied des Gemeinderates, das sich nicht an der Beratung beteiligt hat, kann verlangen, dass die Beratung des Verhandlungsgegenstandes beendet oder die Rednerliste geschlossen wird. Wird ein solcher Antrag gestellt, so gibt der Bürgermeister die bereits vorliegenden Wortmeldungen bekannt. Gibt der Gemeinderat dem Antrag statt, so ist die Aussprache sofort bzw. nach Erschöpfung der Rednerliste zu schließen.

§ 14 Anträge zur Sache

(1) Jedes Mitglied des Gemeinderates ist berechtigt, zu jedem Verhandlungsgegenstand Anträge zu stellen, um eine Entscheidung in der Sache herbeizuführen (Anträge zur Sache). Die Anträge müssen einen abstimmungsfähigen Beschlussentwurf enthalten. Dies gilt auch für Zusatz- und Änderungsanträge.

(2) Anträge, die Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplanes zur Folge haben, müssen mit einem Deckungsvorschlag verbunden werden.

§ 15 Beschlussfassung

(1) Nach Schluss der Aussprache stellt der Bürgermeister die zu dem Verhandlungsgegenstand gestellten Sachanträge zur Abstimmung. Der weitestgehende Antrag hat Vorrang. In Zweifelsfällen bestimmt der Bürgermeister die Reihenfolge der Abstimmung.

(2) Der Gemeinderat stimmt in der Regel offen ab. Die Abstimmung erfolgt durch Handzeichen, soweit nicht der Gemeinderat im Einzelfall etwas anderes beschließt.

(3) Aus wichtigem Grund kann der Gemeinderat geheime Abstimmung beschließen. Geheime Abstimmung erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln.

(4) Auf Antrag von mindesten einem Fünftel der Ratsmitglieder erfolgt namentliche Abstimmung. Bei namentlicher Abstimmung ist die Stimmabgabe jedes einzelnen Mitgliedes des Gemeinderates in der Niederschrift zu vermerken. Wird zum selben Verhandlungsgegenstand sowohl ein Antrag auf namentliche als auch auf geheime Abstimmung gestellt, so hat der Antrag auf geheime Abstimmung Vorrang.

(5) Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen werden bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit nicht berücksichtigt.

(6) Das Abstimmungsergebnis wird vom Bürgermeister bekannt gegeben und in der Niederschrift festgehalten.

(7) Über Gegenstände einfacher Art kann der Gemeinderat im Wege der Offenlegung oder im schriftlichen Verfahren beschließen. Der damit verbundene Antrag ist angenommen, wenn kein Mitglied des Gemeinderates widerspricht.

§ 16 Wahlen

(1) Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen. Es kann offen gewählt werden, wenn kein Mitglied des Gemeinderates widerspricht. Auf dem Stimmzettel ist der Name des zu Wählenden anzugeben oder anzukreuzen. Unbeschriebene Stimmzettel gelten als Stimmenthaltung. Stimmzettel, auf denen "ja" oder "nein" vermerkt ist, sind ungültig, es sei denn, dass nur eine Person zur Wahl ansteht.

(2) Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den meisten Stimmen eine Stichwahl statt, bei der die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Steht nur eine Person zur Wahl an, findet im Falle des Satzes 3 ein zweiter Wahlgang statt, bei dem die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausreicht.

§ 17 Fragerecht der Mitglieder des Gemeinderates

(1) Jedes Mitglied des Gemeinderates kann an den Bürgermeister schriftliche Anfragen zu einzelnen Angelegenheiten der Gemeinde richten. Anfragen sind mindestens 5 Werktage vor Beginn der nächstfolgenden Sitzung des Gemeinderates dem Bürgermeister zuzuleiten. Die Beantwortung hat schriftlich zu erfolgen, wenn der Fragesteller es verlangt.

(2) Jedes Mitglied des Gemeinderates ist darüber hinaus berechtigt, nach Erledigung der Tagesordnung mündlich Anfragen zu Angelegenheiten der Gemeinde an den Bürgermeister zu richten. Die Anfragen dürfen sich nicht auf Verhandlungsgegenstände der betreffenden Sitzungen des Gemeinderates beziehen. Sie müssen kurz gefasst sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen. Der Fragesteller darf jeweils nur eine Zusatzfrage stellen. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, kann der Fragesteller auf eine Beantwortung in der nächsten Sitzung des Gemeinderates oder auf eine schriftliche Beantwortung verwiesen werden. Die Beantwortung von Anfragen hat innerhalb angemessener Frist zu erfolgen.

(3) Anfragen dürfen zurückgewiesen werden, wenn:

- a) sie nicht den Bestimmungen der Absätze 1 oder 2 entsprechen,
- b) die begehrte Auskunft demselben oder einem anderen Fragesteller innerhalb der letzten 6 Monate bereits erteilt wurde oder
- c) die Beantwortung offenkundig mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden wäre.

(4) Eine Aussprache findet nicht statt.

§ 18 Fragerecht von Einwohnern

(1) Innerhalb einer vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung anberaumten Fragestunde (§ 44 Abs. 3 SächsGemO) ist jeder Einwohner berechtigt, mündliche Anfragen an den Bürgermeister zu richten. Die Anfragen müssen sich auf Angelegenheiten der Gemeinde beziehen.

(2) Melden sich mehrere Einwohner gleichzeitig, so bestimmt der Bürgermeister die Reihenfolge der Wortmeldungen. Jeder Fragesteller ist berechtigt, höchstens eine Zusatzfrage zu stellen.

(3) Die Beantwortung der Fragen erfolgt im Regelfalle mündlich durch den Bürgermeister. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, so kann der Fragesteller auf schriftliche Beantwortung verwiesen werden.

(4) Eine Aussprache findet nicht statt.

C) Ordnung in den Sitzungen

§ 19 Ordnungsgewalt und Hausrecht des Bürgermeisters

(1) In den Sitzungen des Gemeinderates übt der Bürgermeister die Ordnungsgewalt und das Hausrecht aus. Seiner Ordnungsgewalt und seinem Hausrecht unterliegen alle Personen, die sich während einer Sitzung des Gemeinderates im Sitzungssaal aufhalten. Wer sich als Zuhörer ungebührlich benimmt oder sonst die Würde der Versammlung verletzt, kann vom Bürgermeister zur Ordnung gerufen und notfalls aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.

(2) Entsteht während der Sitzung des Gemeinderates unter den Zuhörern störende Unruhe, so kann der Bürgermeister nach vorheriger Abmahnung den für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungssaales räumen lassen, wenn die störende Unruhe auf andere Weise nicht zu beseitigen ist.

§ 20 Ordnungsruf und Wortentziehung

(1) Redner, die vom Thema abschweifen, kann der Bürgermeister zur Sache rufen.

(2) Redner, die ohne Worterteilung das Wort an sich reißen oder die vorgeschriebene bzw. die vom Gemeinderat beschlossene Redezeit trotz entsprechender Abmahnung überschreiten, kann der Bürgermeister zur Ordnung rufen.

(3) Hat ein Redner bereits zweimal einen Ruf zur Sache (Abs. 1) oder einen Ordnungsruf (Abs. 2) erhalten, so kann der Bürgermeister ihm das Wort entziehen, wenn der Redner Anlass zu einer weiteren Ordnungsmaßnahme gibt. Einem Redner, dem das Wort entzogen ist, darf es in derselben Sitzung zu dem betreffenden Verhandlungsgegenstand nicht wieder erteilt werden.

§ 21 Entzug der Sitzungsentschädigung, Ausschluss aus der Sitzung

Bei grobem Verstoß gegen die Ordnung kann ein Mitglied des Gemeinderates vom Bürgermeister aus dem Beratungsraum verwiesen werden. Mit dem Ausschluss aus der Sitzung ist der Verlust des Anspruchs auf die auf den Sitzungstag entfallende Entschädigung verbunden. Satz 1 gilt entsprechend für andere Personen, die gemäß § 9 dieser Geschäftsordnung an den Sitzungen des Gemeinderates teilnehmen.

§ 22 Einspruch gegen Ordnungsmaßnahmen

(1) Gegen Ordnungsmaßnahmen nach § 21 dieser Geschäftsordnung steht dem Betroffenen der Einspruch zu.

(2) Über die Berechtigung der Ordnungsmaßnahme befindet alsdann der Gemeinderat in der nächsten Sitzung, jedoch ohne die Stimme des Betroffenen. Diesem ist zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Entscheidung des Gemeinderates ist dem Betroffenen bekannt zu geben.

3. Niederschrift über die Sitzungen des Gemeinderates, Unterrichtung der Öffentlichkeit

§ 23 Niederschrift über die Sitzungen des Gemeinderates

(1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Gemeinderates ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie muss insbesondere enthalten:

- a) den Namen des Vorsitzenden,
- b) die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Gemeinderäte unter Angabe des Grundes der Abwesenheit,
- c) die Gegenstände der Verhandlung,
- d) die Anträge zur Sache und zur Geschäftsordnung,
- e) die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und
- f) den Wortlaut der vom Gemeinderat gefassten Beschlüsse.

(2) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden, zwei Mitgliedern des Gemeinderates, die an der Sitzung teilgenommen haben, und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Verweigert einer der

Genannten die Unterschrift, so ist dies in der Niederschrift zu vermerken. Die beiden Gemeinderäte werden von diesem, der Schriftführer wird vom Bürgermeister bestellt.

(3) Die Niederschrift ist innerhalb eines Monats, in der Regel jedoch spätestens zur nächsten Sitzung dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Über die gegen die Niederschrift vorgebrachten Einwendungen entscheidet der Gemeinderat.

(4) Die Einsichtnahme in die Niederschrift über die öffentlichen Sitzungen ist allen Einwohnern der Gemeinde gestattet. Mehrfertigungen von Niederschriften über nichtöffentliche Sitzungen dürfen weder den Mitgliedern des Gemeinderates, noch sonstigen Personen ausgehändigt werden.

§ 24 Unterrichtung der Öffentlichkeit

(1) Über den wesentlichen Inhalt der vom Gemeinderat gefassten Beschlüsse ist die Öffentlichkeit in geeigneter Weise zu unterrichten. Die Unterrichtung ist Sache des Bürgermeisters, der auch darüber entscheidet, in welcher Weise die Unterrichtung zu geschehen hat.

(2) In nichtöffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse sind in öffentlicher Sitzung bekanntzugeben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

II. Geschäftsführung der Ausschüsse

§ 25 Beschließende Ausschüsse

Auf das Verfahren der beschließenden Ausschüsse sind die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung über die Geschäftsführung des Gemeinderates (§§ 1 bis 24) sinngemäß anzuwenden.

§ 26 Beratende Ausschüsse

(1) Auf das Verfahren der beratenden Ausschüsse sind die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung über die Geschäftsführung des Gemeinderates (§§ 1 bis 24) sinngemäß anzuwenden, soweit nicht die folgenden Absätze abweichende Regelungen enthalten.

(2) Die Sitzungen der beratenen Ausschüsse sind nichtöffentlich; die in § 3 vorgeschriebene ortsübliche Bekanntgabe entfällt.

(3) Ist ein beratender Ausschuss wegen Befangenheit von Mitgliedern nicht beschlussfähig, so entfällt die Vorberatung.

(4) §§ 17, 18 und 24 dieser Geschäftsordnung finden keine Anwendung.

III. Geschäftsführung der Ortschaftsräte

§ 27 Geschäftsführung

(1) Auf das Verfahren der Ortschaftsräte finden die Bestimmungen dieser Geschäftsordnung über die Geschäftsführung der beschließenden Ausschüsse (§ 25) sinngemäß Anwendung mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Bürgermeisters der Ortsvorsteher tritt.

(2) Nimmt der Bürgermeister an einer Sitzung des Ortschaftsrates teil, ist ihm vom Vorsitzenden auf Verlangen jederzeit das Wort zu erteilen.

(3) Gemeinderäte, die in der Ortschaft wohnen und nicht Ortschaftsräte sind, können an allen Sitzungen des Ortschaftsrates mit beratender Stimme teilnehmen.

IV. Schlussbestimmungen, Inkrafttreten

§ 28 Schlussbestimmungen, Inkrafttreten

Jedes Mitglied des Gemeinderates und der Ausschüsse ist eine Ausfertigung dieser Geschäftsordnung auszuhändigen. Wird die Geschäftsordnung während der Wahlzeit geändert, so ist auch die geänderte Fassung auszuhändigen.

§ 29 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung durch den Gemeinderat in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Geschäftsordnung vom 28.01.2016 außer Kraft.

Dürrröhrsdorf-Dittersbach, den 23.03.2021

Timmermann
Bürgermeister

SITZUNGS-BESCHLUSS zum TOP 7

☐ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Vorberatung im Gemeinderat am 23.02.2021

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.:

- ☐ Mit Ja-Stimmen
☐ Mit Nein-Stimmen
☐ Mit Stimmenthaltungen
☐ angenommen

- ☐ vertagt
☐ abgelehnt

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 23.03.2021

Bürgermeister: 1
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.: /2021

- ☐ Mit Ja-Stimmen
☐ Mit Nein-Stimmen
☐ Mit Stimmenthaltungen
☐ angenommen

- ☐ vertagt
☐ abgelehnt

Bezeichnung der Vorlage: Beschluss zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan 2021

Gesetzliche Grundlage: §74 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach für das Haushaltsjahr 2021 in der vorliegenden Form.
Auf einen Gesamtabschluss gem. §88 b Abs.1 der Sächsischen Gemeindeordnung wird verzichtet

Begründung: Die Gemeinde hat entsprechend den Regelungen der Gemeindeordnung für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen.
Die Gemeinde kann nach §88 b Abs.1 der Sächsischen Gemeindeordnung auf einen Gesamtabschluss für das jeweilige Haushaltsjahr verzichten.

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung: 17
Aufgrund des § 20 der SächsGemO war Gemeindevertreter/
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Verteiler:

(Siegel)

.....
Timmermann
Bürgermeister

Aufgrund von § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung, in der jeweils geltenden Fassung, hat der Gemeinderat in der Sitzung am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem

- Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	7.178.784,00	EUR
- Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	7.422.116,00	EUR
- Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	-243.332,00	EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	31.000,00	EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	31.000,00	EUR
- Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0,00	EUR
- Gesamtergebnis auf	-243.332,00	EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0,00	EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0,00	EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	243.332,00	EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00	EUR
- veranschlagtes Gesamtergebnis auf	0,00	EUR

im Finanzhaushalt mit dem

- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	6.868.290,00	EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	6.560.755,00	EUR
- Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	307.535,00	EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.446.031,00	EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.168.800,00	EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-722.769,00	EUR
- Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-415.234,00	EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00	EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	117.000,00	EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	-117.000,00	EUR
- Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	-1.189.396,00	EUR

festgesetzt.

§2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 0,00 EUR festgesetzt.

§3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf 0,00 EUR festgesetzt.

§4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf,

wird auf

500.000 EUR

festgesetzt.

§5

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:

für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf

300,00 v.H.

für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf

450,00 v.H.

Gewerbsteuer auf

399,00 v.H.

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Ditt., den



.....
(Unterschrift Bürgermeister/Bürgermeisterin)

(Siegel)